



## Statement von Pax Christi International

### Wie lange muss das syrische Volk noch leiden?

In Sorge über die andauernde Gewalt in Syrien und das große Leid der syrischen Bevölkerung, fordert Pax Christi International erneut:

- Freien Zugang für humanitäre Hilfe nach Syrien.
- Konsequenzen internationalen Einsatz für erneute Verhandlungen. An den Verhandlungen sollen ausdrücklich auch Delegationen beteiligt werden, die syrische Frauen und solche syrische Gruppen repräsentieren, die gewaltfrei politisch aktiv sind.

Zur verstärkten Förderung eines syrischen Friedensprozesses, fordert Pax Christi International alle Nationen, insbesondere Russland, Iran, die Vereinigten Staaten und Saudi Arabien, sowie die Europäische Union dazu auf, die folgenden Schritte zu unterstützen:

- Den sofortigen Stopp von Waffen- und Munitionslieferungen an jedwede Kämpfer in Syrien.
- Das sofortige Ende internationaler Unterstützung ausländischer Kämpfer in Syrien.
- Internationale Unterstützung für das Bemühen syrischer Kommunen, lokale Waffenstillstände auszuhandeln und dauerhafte Zonen des Friedens zu schaffen.
- Verstärkte humanitäre Unterstützung für Binnenflüchtlinge und für die Flüchtlinge in den Nachbarländern.
- Garantierten Flüchtlings-, oder einstweiligen Aufenthaltsstatus für Syrer auf der Flucht vor der Gewalt.

### Die Gewaltspirale stoppen

Ein Waffenstillstand ist unbedingt erforderlich um das Massensterben in Syrien zu stoppen. Der erste Schritt dazu ist, das Ausrüsten der Kombattanten zu beenden. Die andauernden Waffenlieferungen an alle Konfliktparteien untergraben den Verhandlungsweg, weil sie denen, die sich Verhandlungen verweigern, die Fortsetzung der Kämpfe ermöglichen. Die internationale Gemeinschaft muss das Ende der Waffen- und Munitionslieferung sowie der Lieferung von Waffenkomponenten an alle kämpfenden Seiten in Syrien vereinbaren.

### Die gewaltlose Zivilgesellschaft in Syrien unterstützen

Pax Christi International ist davon überzeugt, dass eine gerechte und friedliche Zukunft für die Menschen in Syrien am effektivsten von Frauen und von organisierten Gruppen gestaltet werden kann, die gewaltlos handeln. Auch weil die Bemühungen für Verhandlungen zur Beendigung der schrecklichen Gewalt ins Stocken geraten sind, ist es geboten, den Anspruch der syrischen Frauen zur vollen Einbindung in den Friedensprozess zu respektieren. Hier geht es um die Umsetzung der international vereinbarten Maßgaben der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 und ihrer Folgeresolutionen, die die wichtige Rolle der Frauen bei der Prävention und der Beilegung von Konflikten betonen.

### **Das Leiden der Kinder beenden**

Laut der Vereinten Nationen sind mehr als fünf Millionen syrischer Kinder, sowohl in als auch außerhalb des Landes kriegstraumatisiert. Etwa eine Millionen Kinder leben als Flüchtlinge, wovon sich die meisten in Flüchtlingslagern in Jordanien befinden. Das Leiden dieser Kinder muss beendet und ihre Zukunft gesichert werden.

### **Die humanitäre Krisen bewältigen**

Viele lokale Gemeinschaften in Syrien sind mehrfach vertrieben worden und benötigen dringend humanitäre Hilfe. Jedoch verhindert die unerbittliche militärische Belagerung ganzer Stadtteile den Zugang der Bevölkerung zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung. Hunger darf nicht länger als Kriegswaffe benutzt werden! Im Namen aller Bedürftigen ruft Pax Christi International noch einmal die syrische Regierung und alle beteiligten Akteure des Bürgerkriegs dazu auf, humanitären Hilfsorganisationen uneingeschränkten Zugang zur Bevölkerung zu gewähren.

Wir rufen alle internationalen Geber auf, Unterstützung für die Länder in der Region bereit zu stellen und zu verstärken, die Millionen von Flüchtlingen aufnehmen.

Pax Christi International verurteilt Verfahren, die die Aufnahme von Flüchtlingen begrenzen und ebenso die gewaltsame Zurückweisung Asylsuchender, einschließlich syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge. Erneut appellieren wir an die Mitgliedsstaaten der EU und andere Länder, die Bedingungen zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge zu erleichtern und zu verbessern.

Brüssel, 5. März 2014